

Stoppt die Beschäftigungsinitiativen!

Man sollte wissen was man eigentlich will.

Will man Menschen beschäftigen um der Beschäftigung willen, oder will man Arbeit schaffen um der Menschen willen?

Wenn die erste Hypothese erfüllt werden soll, kann man ruhig auf Beschäftigungsinitiativen zurückgreifen. Diese haben sich in dieser Hinsicht bewährt!

Will man aber Arbeit und damit neue Arbeitsplätze schaffen, dann sollte man die Beschäftigungsinitiativen schleunigst vergessen. Sie erfüllen einen solchen Zweck in keinsten Weise.

Was sind eigentlich Beschäftigungsinitiativen?

Die moderne Industriegesellschaft funktionierte zyklisch. Das heisst, dass es Perioden gab in denen jede verfügbare Arbeitskraft gebraucht wurde und es gab Perioden in denen die Produktion von Gütern und Dienstleistungen sich so verändert hatte dass viele Menschen nicht mehr gebraucht wurden.

Diese Zeitspannen der Unterbeschäftigung, in denen sich die Produktion durch neue Möglichkeiten der Produktionsverfahren veränderte und der damit einhergehenden Entwicklung neuer Bedürfnisse, waren oftmals Anlass sogenannte Beschäftigungsinitiativen ins Leben zu rufen.

Sie verschwanden wieder wenn die Privatwirtschaft neue Tätigkeitsfelder aufgetan hatte und neue andere Arbeit geschaffen hatte.

Diese Art und Weise, Perioden der Unterbeschäftigung zu meistern, bedurfte aber eines zweiten Akteurs: der Staat im Sinne eines Umverteilungsorgans, als Investor und als Garant für sozialen Zusammenhalt und Solidarität in der Gesellschaft.

Das Instrument "Beschäftigungsinitiative" scheint also auf den ersten Blick ganz in Ordnung zu sein.

Der Schein trügt. Erstens lehrt uns die Geschichte dass dieses Instrument, wenn es für eine grosse Zahl von Menschen angewandt wurde zu Missbrauch dieser Arbeitskraft führte und in den schlimmsten Fällen so pervertiert wurde dass die Betroffenen sich gegebenenfalls in "kriegsvorbereitenden Massnahmen" wiederfanden.

Zweitens wird uns die Geschichte lehren dass das Instrument "Beschäftigungsinitiative" die Zyklen der Unterbeschäftigung im Industriezeitalter wohl teilweise auffangen konnte, dass wir aber heute an der Schwelle zur "Wissensgesellschaft" aufgefordert sind intelligentere Lösungen zu finden.

Das Wirtschaftsmodell des Industriezeitalters, welches auf der einen Seite die Privatwirtschaft mit dem Auftrag der Erschaffung von "Reichtum" und auf der anderen Seite den Staat als verantwortungsvollen Verteiler eines Teils dieses Reichtums, hat sich dennoch bewährt und dürfte auch in Zukunft eine solide Basis für eine gerechte Gesellschaft und einen gut funktionierenden Sozialstaat darstellen.

Innerhalb dieses Konzeptes hat sich aber auch das Arbeitsrecht weiterentwickelt und dürfte ebenfalls als ein Grundpfeiler dieser Entwicklung angesehen werden.

Beschäftigungsinitiativen sind aber nicht Teil des Arbeitsrechtes. Sie sind die unrühmliche Ausnahme und zeigen auf konkrete Weise auf dass es Unzulänglichkeiten im System gibt.

Der Eintritt in die Wissensgesellschaft sollte Anlass dazu sein diesen Umstand zur Kenntnis zu nehmen und zu versuchen diesen Unzulänglichkeiten mit neuen Lösungen zu begegnen.

Diese Lösungen können ganz bestimmt pragmatischer Natur sein und durch kleine Schritte in Richtung zu einem dritten Sektor, neben dem Privaten- und Öffentlichen Sektor, angegangen werden.

Nur muss man jetzt die Weichen in diese Richtung stellen.

Mit neuen Möglichkeiten der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, mit der sich verändernden demographischen Zusammensetzung unserer Gesellschaft, der Anteil der älteren Menschen wird immer grösser, mit der berechtigten Sorge um den Erhalt unserer Umwelt, werden sich auch die Bedürfnisse in unserer Gesellschaft ändern und es werden vor allem neue Dienstleistungen erforderlich sein um das gesellschaftliche Sozialgefüge zusammenzuhalten.

Das Pendant zum gescheiterten Eintritt in die Wissensgesellschaft ist also die Bewältigung der Aufgaben die sich aus den Anforderungen der "beständigen Entwicklung" ergeben.

Wir brauchen also in Zukunft keine Beschäftigungsinitiativen sondern neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Solche aber, die eingebettet sind in das bestehende Arbeitsrecht. Es ist also ebenso sinnlos zu diesem Zeitpunkt das Arbeitsrecht in Frage zu stellen wie es sinnlos ist Ausnahmen zu diesem zuzulassen. Das bestehende Arbeitsrecht ist und bleibt ein Garant für soziale Kohesion, auch in Zukunft.

Die Betriebe des dritten Sektors können substantiell zur Schaffung der neuen Beschäftigungsmöglichkeiten beitragen, im Einvernehmen mit dem Privatsektor und dem Öffentlichen Sektor.

Die Betriebe des dritten Sektors sind vor allem Vereinigungen ohne Gewinnzweck oder Kooperativen und beschäftigen heute schon an die 12 000 000 Menschen in Europa. Sie bezeichnen ihre Art Wirtschaft zu betreiben als Solidar- und Sozialwirtschaft.

Diese Betriebe dürften also als ein wichtiger Bestandteil unseres zukünftigen Wirtschaftssystems beim Eintritt in die Wissensgesellschaft angesehen werden. Dem ist aber nicht so, und man scheint eher geneigt zu sein auf jene Rezepte zurückgreifen zu wollen die Menschen am Gängelband führen und sie zu Reservisten unserer Gesellschaft degradieren.

Aber was macht denn eigentlich die Betriebe der Solidarwirtschaft so suspekt?

Die Beteiligung an der Produktion von neuen Gütern und Dienstleistungen dürfte doch nicht als Problem angesehen werden. Im Gegenteil. Der Verzicht auf Gewinn und persönliche Bereicherung eigentlich auch nicht.

Die Unterwanderung der Regeln der Konkurrenz schon eher. Aber, eben das Bekenntnis der Betriebe der Solidarwirtschaft zur eigenständigen Übernahme von gesellschaftlich relevanten und neuen Aufgaben müsste eher dazu führen können die Spielregeln im Bereich des Wirtschaftens weiter auszubauen.

Die Wissensgesellschaft wird uns dazu zwingen uns innovativ und kreativ mit unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Tun wir's?